

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Dienstag, dem 27.01.2026, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:28 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören 284/2025	6
3.	Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin und der Stellvertretung 285/2025	7
4.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 3.0 - Gesellschafterdarlehen 002/2026	8
5.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2026 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist 004/2026	10
6.	Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2026: Erläuterungen zum Stellenplan 211/2025	13
7.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2026 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beschlussfassung zur Ausbuchung des CUIG-Schadens 005/2026	14
8.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2024 003/2026	16

9. Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) **006/2026** **17**

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Erhöhung der Haftsumme und Kommanditeinlage zu Gunsten eines Beteiligungsunternehmens **001/2026**

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Brockmann, Dagmar	
Budde, Heinrich	
Grunewald-Poch, Kirsten Ursula	
Gutsche, Guido	
Hütig, Frank	
Kaup, Winfried	
Kleene-Reschke, Andrea	(Vorsitzende)
Kocker, Dennis	
Kuttig, Joachim	
Menke, Hans-Ulrich	
Ostermann, Norbert	
Schubert, David	
Schulte, Sibylle	
Schulze Westhoff, Stephan	
Siebert, Christoffer	
Thiel, Joachim	
Welscheit, Martin	
stellv. Ausschussmitglieder	
Blömker, Franz-Ludwig	Vertretung für Herrn Karsten Koch
Lehnert, Susanne, Dr.	Vertretung für Herrn Peter Lehmann
von der Verwaltung	
Althues, Tim	
Drees, Alexander	
Funke, Stefan, Dr.	
Glinka, Nicole	
Kleier, Ulrike	
Meyer, Eva	
Schreier, Petra	
Gäste	
Heinemann, Andrés	zu TOP 4

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Koch, Karsten	Vertretung durch Herrn Blömker
Lehmann, Peter	Vertretung durch Frau Dr. Lehnert

Frau Kleene-Reschke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 16.01.2026 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
-----------	---	--

Auf Nachfrage von Frau Kleene-Reschke meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2.	Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören	284/2025
-----------	--	-----------------

Die Ausschussvorsitzende Frau Kleene-Reschke stellt fest, dass drei der vier sachkundigen Bürger des Finanzausschusses bereits in vorherigen Ausschüssen verpflichtet wurden.

Frau Kleene-Reschke verpflichtet daraufhin den anwesenden sachkundigen Bürger Herrn Hans-Ulrich Menke durch Vorsprechen und Nachsprechen der Verpflichtungsformel.

Der Finanzausschuss nimmt die Verpflichtung **zur Kenntnis**.

3.	Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin und der Stellvertretung	285/2025
-----------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Herr Kreisdirektor und Kämmerer Dr. Stefan Funke wird für den Finanzausschuss als Schriftführer bestellt. Er wird vertreten durch die übrigen Dezernenten der Kreisverwaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 19

4.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 3.0 - Gesellschafterdarlehen	002/2026
-----------	--	-----------------

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Heinemann (Geschäftsführer Flughafen Münster/Osnabrück GmbH). Anschließend stellt Herr Heinemann anhand einer Power-Point-Präsentation, die auch als digitale Tischvorlage zu TOP 4 vorliegt, die aktuelle Situation und die Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 3.0 vor.

Herr Gutsche begrüßt die deutlichen Einsparungen von CO₂ in den vergangenen Jahren. Er kritisiert jedoch, dass noch für die zukünftige Klimaneutralität über ein paar wenige Tonnen gesprochen werde. Dies erinnere an die Diskussion bzgl. der Kläranlagen vor 20 Jahren, wonach die Reinheit 100 % sein müsste. Er stellt Herrn Heinemann die Frage, warum die Abflugkosten in Deutschland so viel höher sind als im EU-Schnitt.

Herr Heinemann erläutert, dass die Vorgaben für den Flughafen zwar europäischer Natur seien, jedoch die Umsetzung in den Staaten unterschiedlich gehandhabt werde. Die Denkweise in Deutschland sei es, die Regelungen besonders intensiv umzusetzen, wobei die Verhältnismäßigkeit nicht immer gegeben sei. Darüber hinaus seien die Standortkosten eine bewusste politische Entscheidung. Außerdem werden in anderen Ländern die Sicherheitsgebühren vom Staat übernommen. In Deutschland gelte das Verursacherprinzip.

Herr Kocker erinnert daran, dass im Rahmen der Coronazeit überlegt wurde aus dem Flughafen auszusteigen. Nun hält er es für die richtige Entscheidung, nicht aus dem Flughafen ausgestiegen zu sein. Die SPD stehe hinter dem Konzept, auch zukünftig. Herr Kocker bewertet das ganzheitliche Konzept als gut. Das Fliegen werde attraktiver und gleichwohl werden ökologische Alternativen angeboten. Er sieht den Flughafen finanziell gut aufgestellt und stellt die volle Unterstützung der SPD heraus.

Herr Hütig hält den FMO für wichtig und bewertet den Vortrag als gut, bis auf die letzten Seiten der Präsentation zu Umweltthemen. Er appelliert daran, mehr auf die Wirtschaftlichkeit, als auf E-Fahrzeuge zu setzen. Die Anschaffungskosten und die Kosten bei der Infrastruktur seien für die E-Fahrzeuge zu hoch. Außerdem sei die Sicherheit bei den E-Fahrzeugen fraglich.

Frau Grunewald-Poch fragt nach, ob es zu einer Verdoppelung der Steuern von 2025 auf 2026 kommt.

Herr Heinemann erklärt, dass es sich bei der Darstellung in der Präsentation um einen Vergleich der Plan- und Prognosewerte des Jahres 2025 handle. Die Grundsteuer sei durch einen höheren Grundsteuerhebesatz nach der bundesweiten Reform gestiegen, sodass eine Abweichung zwischen Plan und Prognose vorliege.

Herr Thiel stellt heraus, dass der Flugbetrieb statistisch den größten ökologischen Fußabdruck habe. Die CO₂-Einsparungen seien beachtlich beim FMO, dennoch kön-

ne der Flugbetrieb von den Grünen nicht unterstützt werden. Unabhängig davon arbeite der FMO professionell und gut.

Herr Schulze-Westhoff bewertet die vorgestellten Zahlen als sehr positiv. Der Finanzplan werde unterstützt. Zu der Wortmeldung von Herrn Thiel sagt er, dass ein Flughafen wie der FMO, welcher viel für die Umwelt tut, besser sei, als andere Flughäfen.

Herr Kocker merkt an, dass das Fliegen nicht verhindert werden könne. Er appelliert an die Grünen, dass beim FMO das alternative Fliegen in ökologischer Sicht vorangetrieben wird und daher unterstützt werden sollte.

Herr Gutsche teilt mit, dass die Position der Grünen und die Argumentation nicht nachvollzogen werden könne. Der Flughafen sei für den Wirtschaftsstandort absolut notwendig.

Frau Brockmann erläutert, dass die FDP immer zum Flughafen gestanden habe. Die vorgelegten Zahlen seien gut und die Region brauche den Flughafen.

Beschlussvorschlag:

1. Auf Basis des Finanzierungskonzeptes 3.0 (**s. Anlage**) genehmigt der Kreistag die Ausgabe eines Gesellschafterdarlehens (2. Rate) für **2027** in Höhe von 87.337 €.
2. Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Gremien der FMO GmbH werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.
3. Sämtliche Beschlüsse stehen unter der Bedingung, dass sich alle Gesellschafter, die aktuell für die Finanzierung des Finanzierungskonzeptes 3.0 vorgesehen sind, daran beteiligen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 15, Nein 3 (3x Die Grünen), Enthaltung 1 (1x Die Linke)

5.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2026 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	004/2026
-----------	---	-----------------

Zunächst stellt Herr Dr. Funke anhand einer PowerPoint-Präsentation, die auch als digitale Tischvorlage zu TOP 5 vorliegt, die wesentlichen Änderungen seit der E-tateinbringung am 05.12.2025 dar.

Anschließend ruft Frau Kleene-Reschke die Teile des Haushaltsplanes 2026 mit Anlagen zur Beratung auf, die in die alleinige Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen. In diesem Zusammenhang wurden folgende Anträge und Anfragen beraten:

Antrag der FWG vom 07.01.2026

Die Fraktion FWG stellt folgenden Antrag:

1. Antrag auf pauschale Kürzung der Ansätze für bewegliches Anlagevermögen um mindestens 10 %

Der Antrag wurde durch die FWG-Fraktion nach Diskussion zurückgezogen.

Antrag der FWG vom 07.01.2026

Die Fraktion FWG stellt folgenden Antrag:

1. Antrag auf Aussetzung der Zuführung zum Kapitalstock für Pensionsrückstellungen für die Jahre 2026 – 2028 und stattdessen Nutzung der Mittel zur Liquiditätssicherung wie z. B. auf Tagesgeldkonten

Der Antrag wurde durch die FWG-Fraktion nach Diskussion zurückgezogen.

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen vom 09.01.2026

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

1. Antrag auf Aussetzung der Zuführung zum Pensionsfonds

Der Antrag wurde durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen vom 09.01.2026

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

1. Antrag auf positive Beschlussfassung des Antrags der quadro Sucht- und Drogenberatung um Erhöhung des gegenwärtigen Zuschusses ab dem 01.01.2026 von 353.749 € um 12,8 % auf 399.029 €

Antrag der SPD vom 12.01.2026

Die Fraktion SPD stellt folgenden Antrag:

1. Antrag auf Beratung und Beschlussfassung über Förderanträge freier Träger, soweit diese nicht Bestandteil des Haushaltsentwurfs sind. Gegenstand der Beratung im Finanzausschuss ist der Förderantrag der quadro Sucht- und Drogenberatung

Der Antrag wurde durch die Fraktion SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geändert, auf eine Erhöhung des Zuschusses um 6,4 %.

Die CDU stellt einen Antrag, den Zuschuss um 4 % zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Erhöhung des Zuschusses um 6,4 % an quadro Sucht- und Drogenberatung: Ja 8 (3x SPD, 3x Die Grünen, 1x FWG, 1x Die Linke), Nein 11 (8x CDU, 2x AfD, 1x FDP)

Erhöhung des Zuschusses um 4 % an quadro Sucht- und Drogenberatung: Ja 17, Nein 2 (2x AfD)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2026

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

1. Antrag den globalen Minderaufwand von 2 % für den Haushalt 2026 anzusetzen

Abstimmungsergebnis: Ja 3 (3x Die Grünen), Nein 16

Antrag der FWG vom 05.01.2026

Die Fraktion FWG stellt folgenden Antrag:

1. Antrag auf Begrenzung des Stellenzuwachses statt netto 4 Stellen auf netto 1,5 Stellen

Die Fraktion FWG korrigierte die Formulierung des Antrags in der Sitzung wie folgt:

1. Der Stellenplan wird, im Gegensatz zum Verwaltungsvorschlag, um netto 2,5 Stellen angehoben.

Der nachfolgende weitergehende Antrag der Fraktionen CDU und FDP wurde vorrangig beraten und beschlossen.

Antrag der CDU und FDP vom 12.01.2026

Die Fraktionen CDU und FDP stellen folgenden Antrag:

1. Antrag auf Minderung des Stellenzuwachses statt netto 4 Stellen auf netto 2 Stellen

Abstimmungsergebnis:

Minderung des Stellenzuwachses auf netto 2 Stellen: Ja 12, Enthaltung 7 (3x SPD, 3x Die Grünen, 1x Die Linke)

Herr Dr. Funke stellt im Anschluss anhand einer PowerPoint-Präsentation, die auch als digitale Tischvorlage zu TOP 5 vorliegt, den Sachstand zum NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036 vor.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2026, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus der Sitzung ergeben, beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 12, Nein 2 (2x AfD), Enthaltung 3 (3x Die Grünen)

6.	Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2026: Erläuterungen zum Stellenplan	211/2025
-----------	--	-----------------

Frau Schreier berichtet zu der Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung.

Im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2026 waren der Verwaltung bei möglichen Einsparungen die Hände gebunden, da Tarifverhandlungen und auch das Rettungsdienstgesetz zu Steigerungen führen, die von der Verwaltung umgesetzt werden müssen.

Frau Schreier erläutert, dass seitens der Verwaltung die Möglichkeit herausgearbeitet wurde, die zwei zu streichenden Stellen, bei der Windenergie und dem Jobcenter einzusparen.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

7.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2026 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beschlussfassung zur Ausbuchung des CUIG-Schadens	005/2026
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Funke stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation, die auch als digitale Tischvorlage zu TOP 7 vorliegt, die zentralen Haushaltsdaten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden dar. Außerdem liegen die Liste der Einwendungen der Städte und Gemeinden, die Antragsliste der Fraktionen zum Haushalt 2026, die Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2026, sowie die Stellungnahme der Stadt Beckum vom 10.12.2025 zum Entwurf der Haushaltssatzung 2026 als Tischvorlage aus.

Beschlussvorschlag:

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen (**Anlage 2**) ergeben, werden beschlossen.
2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom **21.11.2025** sowie der Stellungnahme der Stadt **Beckum** vom **10.12.2025** (**Anlage 3**) wird zur Kenntnis genommen, ebenso die Aussagen zur Finanzlage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend der tabellarischen Übersicht (**Anlage 4**) behandelt.
3. Der Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage wird auf 36,3 v. H., der Hebesatz für die Jugendamtsumlage wird auf 21,0 v. H. festgesetzt.
4. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2026 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.
5. Der Kreistag beschließt gemäß § 6 Abs. 2 NKF-CUIG die erfolgsneutrale und vollständige Ausbuchung der durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine bedingten Haushaltsbelastungen aus 2023 i. H. v. 3,86 Mio. € im Haushaltsjahr 2026 gegen die Allgemeine Rücklage.

Der Beschlussvorschlag zu 2) wird wie folgt ergänzt:

Darüber hinaus wird das Schreiben des Sprechers der Bürgermeister im Kreis Warendorf vom 20.01.2026 zur Herstellung des Benehmens zur Kreisumlage 2026 zur Kenntnis genommen; das Benehmen gilt bei einem Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage von 36,3 % sowie der Jugendamtsumlage von 21,0 % als hergestellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 14 (8x CDU, 3x SPD, 1x FDP, 1x FWG, 1x Die Linke),
Nein 2 (2x AfD), Enthaltung 3 (3x Die Grünen)

8.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2024	003/2026
----	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Kreises Warendorf beschließt den Beteiligungsbericht 2024.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 19

9.	Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	006/2026
-----------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgschaftsverpflichtung zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) i. H. v. 4,9 Mio. € einzugehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 17, Nein 2 (2x AfD)

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Frau Kleene-Reschke um 12:28 Uhr die Sitzung.

gez.

Andrea Kleene-Reschke
Vorsitz

gez.

Dr. Stefan Funke
Schriftführer